

Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises

14.01.2006

Freie Wähler stellen Fragen zum Bauprogramm an Ganztagschulen

Mit einem Katalog von Fragen wollen die Freien Wähler (FW) Aufschluss über die Entscheidungsprozesse erhalten, die zur Auswahl der Schulen führten, die im Main-Kinzig-Kreis in die Fördermaßnahmen des Bundes für Ganztagschulen (IZBB-Programm) aufgenommen wurden. Die rot-grüne Bundesregierung hatte dem Main-Kinzig-Kreis über das Land Hessen insgesamt rund 14 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese konnten für Bau und Ausstattungsmaßnahmen an den Schulen eingesetzt werden, für die das Kultusministerium ganztägige Organisationsformen genehmigt hatte. Wie der Fraktionsvorsitzende Jürgen Heim erklärte, wollen die Freien Wähler wissen, welche Entscheidungskriterien dafür maßgeblich waren, dass bestimmte Schulen in das Förderprogramm aufgenommen, andere Schulen jedoch vor der Tür stehen gelassen wurden.

Anlass für den Fragenkatalog der Freien Wähler ist das Schreiben der Bergwinkelschule in Schlüchtern an die Fraktionen des Kreistages. Die Schule wird voraussichtlich nicht in den Genuss des Ausbauprogramms kommen, obwohl der Main-Kinzig-Kreis nach den Angaben der Schule die Ausbaupläne für sie beim Hessischen Kultusministerium eingereicht und diese dort von den Fachabteilungen Ganztagschulen und Hochbau in der vorgelegten Form genehmigt worden seien. Jürgen Heim: „Schuldezernent Frenz hat den Ausschluss der Bergwinkelschule aus dem IZBB-Programm mit deren „maßlosen“ Forderungen begründet. Er wird der Schule und der Öffentlichkeit erklären müssen, was an vom Main-Kinzig-Kreis selbst in Wiesbaden eingereichten Planungsunterlagen maßlos gewesen ist.“

Die Anfrage an den Kreisausschuss ist nach Meinung der Freien Wähler auch deshalb von Brisanz, weil der Kreistag bei der Genehmigung der Ausbaumaßnahmen für die Haushaltsjahre 2004 – 2006 dem Kreisausschuss keine Vorschriften bezüglich der Schulen gemacht hatte, bei denen die Fördermittel des Bundes eingesetzt werden sollten. Heim: „Dies war zum Zeitpunkt der Beschlüsse über die Haushaltssatzungen gar nicht anders möglich. Schließlich konnten die Abgeordneten nicht wissen, welche Schulen von Wiesbaden für das Ganztagsprogramm ausgewählt würden. Niemand konnte ahnen, dass der Schuldezernent dies als Freibrief auffassen würde, alle kommenden Entscheidungen nach eigenem Gusto und ohne Rückbezug auf den Kreistag treffen zu können.“

Dies ist nach den Freien Wählern vorliegenden Informationen allerdings genau das, was danach geschah. So habe der Main-Kinzig-Kreis zwar für alle Ganztagschulen ein Raumprogramm erstellt, dann sei jedoch ohne Rückbezug auf den Kreistag entschieden worden, welche Schulen beim Hessischen Kultusministerium eingereicht bzw. für welche die genehmigten Mittel abberufen wurden. Auch der zuständige Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport und Partnerschaften sei an diesen Entscheidungen nicht beteiligt gewesen, obwohl diese auf Grund des 10-prozentigen finanziellen Anteils des Kreises an den Baukosten erheblichen Einfluss auf den Kreishaushalt hatten. Heim: „Ich setze an, der Kreisausschuss hat dieses Vorgehen auf seine rechtliche Unbedenklichkeit abgeklopft. Politisch, inhaltlich und vor allem in seiner Wirkung auf die Schulen halte ich es für äußerst fragwürdig. Ich mag keine Entscheidungen im stillen Kämmerlein. Wie wir sehen, hat das Verfahren Unfrieden in die Schullandschaft getragen, der bei mehr Transparenz und einer Legitimation der Entscheidungen durch den Kreistag hätte vermieden werden können. Unsere Anfrage wird hoffentlich dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Schulen die Entscheidungsprozesse nachvollziehen und, falls notwendig, kritisch hinterfragen können.“